

Punkt 2:

Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes des Kreises Bergstraße für die Schuljahre 2010/11 bis 2015/16

- abschließende Beratung über die Verwaltungsvorlage, Beratung der Änderungsanträge der SPD-Fraktion vom 13. Juni 2010 mit Fragenkatalog sowie der Änderungsanträge der GRÜNE-Fraktion vom 15. Juni 2010
- **Beschlussempfehlung des Ausschusses**

Vorlagen: 16-1803, 16-1803/1 und 16-1803/2

Zur Sitzung wurden Änderungsanträge der SPD-Fraktion vom 13. Juni 2010 mit einem Fragenkatalog (Vorlage 16-1803/1) sowie Änderungsanträge der GRÜNE-Fraktion vom 15. Juni 2010 (Vorlage 16-1803/2) vorgelegt.

Dem Vorschlag von Ausschussvorsitzendem Reinhardt folgend befasste sich der Ausschuss zuerst mit den Änderungsanträgen und dem Fragenkatalog der SPD-Fraktion, dann mit den Änderungsanträgen der GRÜNE-Fraktion und abschließend mit der Beschlussvorlage 16-1803.

Die Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der GRÜNE-Fraktion, die sich auf dieselben Themen bezogen, wurden im Einvernehmen mit den Antragstellern gemeinsam beraten und teilweise gemeinsam abgestimmt.

Nachfolgend die Stellungnahmen und Abstimmungsergebnisse zu den Änderungsanträgen, die wegen des teilweise erheblichen Textumfangs nicht im Wortlaut wiedergegeben, sondern als Anlagen 1 und 2 der Niederschrift beigelegt sind:

- **1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Differenzierte" Realschule**

Landrat Wilkes wies darauf hin, dass das Konzept der "Kombiklassen" von den Mittelpunktschule Gadernheim und der Dietrich-Bonhoeffer-Schule Rimbach selbst entwickelt worden sei und der Schulträger den anderen Haupt- und Realschulen nicht die Übernahme dieses Konzepts verordnen könne. Für eine Umsetzung solcher Mittelstufenkonzepte seien keine zusätzlichen Raumbedarfe zu erwarten. Für das kommende Schuljahr gebe es keine neuen Anträge von Schulen auf Einrichtung von Kombiklassen. Frau Blume ergänzte, dass Haupt- und Realschulen, die Probleme bei der Bildung von 5. Hauptschulklassen haben, selbst entscheiden, ob sie "differenzierte" Realschule oder jahrgangsübergreifenden Unterricht anbieten wollen.

Fraktionsvorsitzende Hechler sprach sich unter Hinweis auf die kritische Entwicklung im Hauptschulbereich gegen das Warten auf die Entscheidungen des Landes zum Konzept der Mittelstufenschule und für die Empfehlung des erfolgreichen Kombiklassen-Konzepts für alle Haupt- und Realschulen im Schulentwicklungsplan aus, zumal von Lehrern und Eltern Bedenken bezüglich der Umsetzung der Mittelstufenschule signalisiert worden seien.

Landrat Wilkes verwies auf die in Abstimmung mit den Schulleitern geplante Umsetzung der Mittelstufenschule an allen Haupt- und Realschulen ab dem Schuljahr 2011/12 und Fraktionsvorsitzender Schneider erachtete es als sinnvoll, die Haupt- und Realschulen jetzt nicht zur Übernahme des Kombiklassen-Konzepts zu drängen und zunächst die gesetzlichen Vorgaben zur Mittelstufenschule abzuwarten.

Der **Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Differenzierte Realschule"** wurde bei 5 Jastimmen und einer Stimmenthaltung mit 6 Neinstimmen **abgelehnt**.

- **2. Änderungsantrag der SPD-Fraktion und 4. Änderungsantrag der GRÜNE-Fraktion betreffend "Profiloberstufe an der Heinrich-Böll-Schule Fürth"**

Landrat Wilkes befürchtete ein Problem für das Weiterbestehen der Oberstufe des Überwald-Gymnasiums Wald-Michelbach, wenn der Anteil der Schüler aus dem Überwald an der Heinrich-Böll-Schule bei Einrichtung einer Profiloberstufe erheblich zunähme. Außerdem gebe es derzeit keinen Raumüberhang an der Heinrich-Böll-Schule, so dass die Einrichtung einer Profiloberstufe zusätzliche Schulräume erfordern würde. Am Überwald-Gymnasium erfolge derzeit ein Ausbau und an der Heinrich-Metzendorf-Schule in Bensheim sei ein Ausbau des schulischen Angebots vorgesehen.

Fraktionsvorsitzende Hechler erwartete durch die Einrichtung einer Profiloberstufe in Fürth keine Auswirkungen für die Schulsituation im Überwald, sondern allenfalls für die Martin-Luther-Schule Rimbach, die derzeit Raumnot habe und deren Erweiterung noch in der Planung sei.

Abgeordneter von Hunnius erkannte keinen ausreichenden Bedarf für eine Profiloberstufe in Fürth.

Abgeordneter Schocke regte ein Gespräch zwischen den betroffenen Kommunen Rimbach, Fürth und Wald-Michelbach an mit dem Ziel zu prüfen, ob eine Profiloberstufe in Fürth ohne Gefährdung benachbarter Oberstufen machbar sei

Fraktionsvorsitzender Schneider sah die Heinrich-Böll-Schule als integrierte Gesamtschule als Konkurrenz zu Haupt- und Realschulen, nicht zu Gymnasien. Deshalb sollte erst die Entwicklung der Umsetzung der Mittelstufenschule abgewartet werden und danach könnte bei Bedarf noch einmal über die Einrichtung einer Profiloberstufe diskutiert werden.

Fraktionsvorsitzender Ruoff ging kritisch auf das Ergebnis der seinerzeitigen Umfrage zum Bedarf einer Profiloberstufe in Fürth ein. Er sah den Wunsch nach einer Profiloberstufe im Weschnitztal gegeben, zumal das nächstgelegene Angebot in Bensheim weit entfernt sei.

Der **Änderungsantrag der SPD-Fraktion** und der **Änderungsantrag der GRÜNE-Fraktion betreffend " Profiloberstufe an der Heinrich-Böll-Schule Fürth"** wurden bei 5 Jastimmen und einer Stimmenthaltung mit 6 Neinstimmen **abgelehnt**.

- **3. Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Internationale Schule"**

Abgeordneter Schocke plädierte dafür, einen internationalen Schulzweig nicht nur an einer Grundschule und an einem Gymnasium einzurichten, sondern auch an einer Realschule und einer Beruflichen Schule. Die Internationale Schule solle keine Elite-schule und keine Schule für Kinder mit der Muttersprache Englisch sein.

Fraktionsvorsitzender Schneider verwies auf die Herausforderungen für die Haupt- und Realschulen und die Beruflichen Schulen in den kommenden Jahren, so dass sich die Einrichtung eines internationalen Schulzweigs zunächst auf eine Grundschule und ein Gymnasium beschränken sollte.

Landrat Wilkes bezeichnete den internationalen Schulzweig als ein Angebot für Schüler mit deutscher und auch nichtdeutscher Muttersprache. Für die Einrichtung eines solchen Angebots hätten neben zwei Grundschulen und zwei Gymnasien auch eine Gesamtschule in Bensheim Interesse signalisiert.

Der **Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Internationale Schule"** wurde bei 5 Jastimmen mit 6 Neinstimmen **abgelehnt**.

- **4. Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Fortschreibung der Prioritätenliste"**

Der **Änderungsantrag der SPD-Fraktion** wurde einstimmig **angenommen**.

- **5. Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Konzept: Weiterentwicklung zur echten Ganztagschule"**

Landrat Wilkes verwies auf die auf den Seiten 45 bis 48 in Teil II des Fortschreibungsentwurfes erläuterten Zielsetzungen des Kreises für den weiteren Ausbau des ganztägigen Angebots und dessen Abhängigkeit von den vom Land bereitzustellenden Ressourcen.

Fraktionsvorsitzende Hechler vermisste echte Ganztagschulen im Kreis, an denen nachmittags nicht nur Betreuung angeboten, sondern Unterricht gegeben werde. In der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes sollte der Wunsch nach solchen Ganztagschulen deutlich artikuliert werden.

Abgeordneter Schröder sah es auch als Aufgabe eines Schulentwicklungsplanes, der Landesregierung Signale zu Bedarfen von Schulen und Eltern zu geben.

Der **Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Konzept: Weiterentwicklung zur echten Ganztagschule"** wurde bei 5 Jastimmen mit 6 Neinstimmen **abgelehnt**.

- **6. Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Kooperation zwischen den Schulen über die Schulformen hinweg"**

Landrat Wilkes hielt die beantragte Ergänzung im Fortschreibungsentwurf für nicht erforderlich mit Hinweis auf das Kooperationskonzept von Haupt- und Realschulen und Beruflichen Schulen und die Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen (Bildung von Tandems). Für die Grundschulen sei die Tandem-Bildung verpflichtend, für die Kindertagesstätten eine freiwillige und zusätzlich zu erbringende Leistung.

Der **Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Kooperation zwischen den Schulen über die Schulformen hinweg "** wurde bei 5 Jastimmen mit 6 Neinstimmen **abgelehnt**.

- **7. Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Bildungsoffensive Rhein-Neckar"**

Landrat Wilkes berichtete über drei Beispiele länderübergreifender Projekte in der Region mit Beteiligung des Kreises bzw. Schulen des Kreises: Projekt KÜM (Kooperatives Übergangsmanagement Schule-Beruf) der Metropolregion Rhein-Neckar an der Langenbergschule Birkenau, gemeinsame Schulträgerschaft des Rhein-Neckar-Kreises, der Städte Heidelberg und Mannheim und des Kreises Bergstraße für die Martinsschule Ladenburg sowie die Zusammenarbeit zwischen Jugendämtern der Region im Bereich der frühkindlichen Bildung.

Als Problem für die länderübergreifende Zusammenarbeit im Bildungsbereich bezeichnete er die strukturellen und organisatorischen Unterschiede, die auf der Kultushoheit der Länder resultierten.

Fraktionsvorsitzende Hechler wies auf die guten Konzepte der Stadt Mannheim zur Förderung von Schülern mit Migrationshintergrund hin, die vom Kreis übernommen werden könnten.

Der **Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Bildungsoffensive Rhein-Neckar"** wurde bei 5 Jastimmen mit 6 Neinstimmen **abgelehnt**.

- **8. Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Flexible Eingangsklassen in Grundschulen"**

Landrat Wilkes erklärte, dass einige Grundschulen selbst ein entsprechendes Konzept entwickelt hätten. Der Schulträger könne den Grundschulen nicht die Übernahme eines solchen Konzeptes "verordnen".

Der **Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend " Flexible Eingangsklassen in Grundschulen "** wurde bei 5 Jastimmen mit 6 Neinstimmen **abgelehnt**.

- **9. Änderungsantrag der SPD-Fraktion sowie 2. und 3. Änderungsantrag der GRÜNE-Fraktion betreffend "Inklusion"**

Zur Kritik von Fraktionsvorsitzenden Ruoff an der "zurückhaltenden" Aussage zum Thema Inklusion entgegnete Landrat Wilkes, dass Maßstab bei der Umsetzung der Inklusion der Elternwille sein solle und er dies für die "offensivste" Umsetzungslösung halte. Geplant sei die Einrichtung eines Arbeitskreises "Inklusion", der auf der Grundlage der derzeit noch fehlenden gesetzlichen Vorgaben ein Umsetzungskonzept entwickeln solle.

Der **Änderungsantrag der SPD-Fraktion** sowie die beiden **Änderungsanträge der GRÜNE-Fraktion betreffend "Inklusion"** wurden bei getrennter Abstimmung bei jeweils 5 Jastimmen mit jeweils 6 Neinstimmen **abgelehnt**.

- **1. Änderungsantrag der GRÜNE-Fraktion betreffend "Aufbau eines Verbundstudiengangs 'Erziehung und Bildung in der Kindheit' an der Fachschule für Sozialpädagogik in Lampertheim"**

Landrat Wilkes berichtete von einer Kooperation zwischen der Fachschule in Lampertheim und der Fachhochschule in Frankfurt bezüglich der Anerkennung der Erzieherausbildung. Weiter wies er darauf hin, dass die Einrichtung eines Verbundstudiengangs nicht der Festlegung im Schulentwicklungsplan bedarf.

Der **Änderungsantrag der GRÜNE-Fraktion betreffend "Aufbau eines Verbundstudiengangs 'Erziehung und Bildung in der Kindheit'"** wurde einstimmig **angenommen**.

- **5. Änderungsantrag der GRÜNE-Fraktion betreffend "Umwandlung aller Abschlussklassen von Hauptschulen in SchuB-Klassen"**

Landrat Wilkes erläuterte die Modalitäten für die Einrichtung von SchuB-Klassen und bezeichnete den Begehrt des Änderungsantrags der GRÜNE-Fraktion als eine "politische Forderung", die nicht in einen Schulentwicklungsplan aufgenommen werden sollte.

Der **Änderungsantrag der GRÜNE-Fraktion betreffend "Umwandlung aller Abschlussklassen von Hauptschulen in SchuB-Klassen"** wurde bei 5 Jastimmen mit 5 Neinstimmen und einer Stimmenthaltung **abgelehnt**.

- **6. Änderungsantrag der GRÜNE-Fraktion betreffend "Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit durch das Land" und 7. Änderungsantrag betreffend "Erhalt der Eigenständigkeit kleiner Grundschulen"**

Landrat Wilkes nannte die beiden Änderungsanträge "politische Forderungen", die nicht in einen Schulentwicklungsplan gehörten.

Die **Änderungsanträge der GRÜNE-Fraktion betreffend "Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit durch das Land"** und betreffend **"Erhalt der Eigenständigkeit kleiner Grundschulen"** wurden jeweils bei 5 Jastimmen mit jeweils 6 Neinstimmen **abgelehnt**.

Zu dem gemeinsam mit den Änderungsanträgen gestellten Fragenkatalog der SPD-Fraktion (siehe Seite 5 der Anlage 1) gab Landrat Wilkes Auskünfte.

Zu Frage 1 erläuterte er, dass das Problem der Raumsituation derzeit nicht vollständig darlegbar sei, da für manche Schulen Raumprogramme fehlten. Eventuelle Raumdefizite

sollen durch Ausgleiche zwischen Schulen behoben werden. Bei der Umsetzung des Mittelstufenschule-Konzeptes seien keine zusätzlichen Raumbedarfe zu erwarten.

Zu Frage 2 sagte er zu, dass eine Auflistung aller Ganztagsangebote als Anlage der Niederschrift beigefügt wird (siehe Anlage 3) und vorab per E-Mail den Fraktionsvorsitzenden und Ausschusmitgliedern zugeht (am 17. Juni 2010 erfolgt).

Zu Frage 3.1 bezifferte Landrat Wilkes die Integrationsquote mit 0,5 %. Zu den Fragen 3.2 bis 3.8 erklärte er, dass diese derzeit nicht beantwortet werden könnten. Wie bereits mitgeteilt, sei ein Arbeitskreis "Inklusion" geplant, der ein Umsetzungskonzept erarbeiten werde.

Zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung über die Verwaltungsvorlage 16-1803 kündigte Abgeordneter Schocke an, dass die Ausschusmitglieder der SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen, sondern sich der Stimme enthalten werden. Grund hierfür sei die Enttäuschung über das mangelnde Entgegenkommen der Koalitionsfraktionen und des Landrats bei den Änderungs- und Ergänzungsvorschlägen der SPD-Fraktion.

Hierzu erklärte Landrat Wilkes, dass der Fortschreibungsentwurf die Ergebnisse aus den Regionalkonferenzen, zu dem auch die Kreistagsmitglieder eingeladen worden gewesen seien, enthalte. An den Regionalkonferenzen hätten sich die Mitglieder der Fraktionen von SPD und GRÜNE jedoch kaum beteiligt.

Abgeordneter Schocke und Fraktionsvorsitzender Ruoff äußerten Kritik und Unverständnis zur Argumentation des Landrats.

Der Ausschuss für Schule und Soziales fasste entsprechend dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Soziales stimmt gemäß § 145 i.V.m. 146 HSchG dem vorgelegten Entwurf der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans des Kreises Bergstraße für die Schuljahre 2010/11-2015/16 Teil I und II mit den in der Vorlage 16-1803 aufgeführten genehmigungspflichtigen Maßnahmen Punkt 1-5 zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag beschließt gemäß § 145 i.V.m. 146 HSchG den vorgelegten Entwurf der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans des Kreises Bergstraße für die Schuljahre 2010/11-2015/16 Teil I und II sowie vorbehaltlich der Zustimmung des Hessischen Kultusministeriums gemäß § 146 die in der Beschlussvorlage aufgeführten genehmigungspflichtigen Maßnahmen Punkt 1-5. Weiterhin beauftragt der Kreistag die Verwaltung, die Zustimmung des Kultusministeriums zum Schulentwicklungsplan einzuholen."

Abstimmungsergebnis:

6 Jastimmen, 5 Stimmenthaltungen.

Unter Einbeziehung der beschlossenen Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der GRÜNE-Fraktion ergibt sich somit folgende

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Soziales an den Kreistag:

"Der Kreistag beschließt gemäß § 145 i.V.m. 146 HSchG den vorgelegten Entwurf der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans des Kreises Bergstraße für die Schuljahre 2010/11-2015/16 Teil I und II (der aktuelle Stand der Prioritätenlisten wird als Anlage beigefügt) sowie vorbehaltlich der Zustimmung des Hessischen Kultusministeriums gemäß § 146 die in der Beschlussvorlage 16-1803 aufgeführten genehmigungspflichtigen Maßnahmen Punkt 1-5. Weiterhin beauftragt der Kreistag die Verwaltung die Zustimmung des Kultusministeriums zum Schulentwicklungsplan einzuholen.

Der Kreisausschuss wird beauftragt zu prüfen, einen Verbundstudiengang "Erziehung und Bildung in der Kindheit" an der Fachschule für Sozialpädagogik in Lampertheim aufzubauen. Der Schul- und Sozialausschuss und der Kreistag sind zeitnah über das Prüfergebnis zu informieren."

**Punkt 3: Erster Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 16-1816**

Der Ausschuss für Schule und Soziales hat von der Vorlage 16-1816 und dem beigefügten Ersten Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr 2010 Kenntnis genommen.

**Punkt 4: Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Sachstand zum Projekt HESSENCAMPUS**

Landrat Wilkes informierte über den Sachstand zum Projekt HESSENCAMPUS. Aufgrund der nicht gesicherten Finanzierung über die Dauer der Landesförderung hinaus habe der Kreisausschuss beschlossen, das Projekt HESSENCAMPUS zunächst zurückzustellen und ggf. erneut aufzugreifen, wenn die am Projekt interessierten Beruflichen Schulen im Rahmen der "Selbständigen Schule" mehr eigene Mittel zur Verfügung haben und entsprechend Ressourcen einbringen können.

Die Sitzung wurde um 19:35 Uhr durch Ausschussvorsitzenden Reinhardt geschlossen.

Unterzeichnung der Niederschrift:

Vorsitzender:
gez. Reinhardt

Schriftführerin:
gez. Schüssler